

Die Schlacht vor dem Krieg

In Sri Lanka droht der Konflikt zwischen Regierung und Tamilenrebellengruppen zu eskalieren

Von Manuela Kessler

Die Friedensbeobachter in Sri Lanka sind wieder zu Buchführern der Gewalt geworden. Die skandinavische Delegation verzeichnete in den vergangenen zwei Wochen mehr als einhundert Tote. Im tamilischen Norden des Inselstaates werden Menschen von Landminen zerrissen oder sterben im Hagel von Gewehr- und Artilleriegeschossen. In dieser Woche kam der Tod auch in die Hauptstadt Colombo. Eine Selbstmordattentäterin marschierte ins Militärhauptquartier und sprengte sich vor dem Dienstwagen des Generalstabschefs in die Luft. Acht Soldaten riss sie mit in den Tod. Generalleutnant Sarath Fonseka, das Ziel des Anschlags, wurde lebensgefährlich verletzt.

Das Attentat lässt die Handschrift der tamilischen Befreiungstiger erkennen. Sie hatten die srilankische Hauptstadt während des Bürgerkriegs mit Dutzenden von Selbstmordattaken terrorisiert. Der jüngste Anschlag war die erste Neuaufgabe der kurze Zeit erkalteten Kriege. Anfang 2002 hatten sich Regierung und Guerilla auf einen Waffenstillstand verständigt. Das srilankische Militär reagierte jetzt umgehend und startete die erste Offensive seit Vertragsschluss. Die

Luftwaffe bombardierte zwei Tage lang flächendeckend mutmaßliche Rebellennestungen an der Ostküste. 15 Tote, 27 Verletzte und 40 000 Vertriebene zählten die Befreiungstiger.

Ist der Krieg in Sri Lanka wieder ausgebrochen? Das fragen nicht nur Regierungen, Hilfsorganisationen und Medien aus aller Welt die Friedensmission auf der Insel. Auch die tamilische Guerilla stellt die Frage den unabhängigen Beobachtern. Das Urteil der internationalen Gemeinschaft soll darüber entscheiden, ob der Waffenstillstand gescheitert ist. Angesichts der endlosen Provokationen mag es paradox erscheinen, dass weder die Rebellen noch die Regierung den Waffenstillstand offiziell kündigen. Der Grund ist einfach: Wer den Krieg erklärt, riskiert internationale Sanktionen.

Aber alles deutet darauf hin, dass beide Konfliktparteien nur darauf warten, wieder voll loszuschlagen zu können. Dazu führen sie Propagandaschlagungen, um das Ausland von ihren angeblich guten Absichten zu überzeugen. Der srilankische Präsident Mahinda Rajapakse erklärt mit Engelszungen, alles in seiner Macht stehende für den Frieden getan zu haben. Der singhalesische Erznationalist unterschlägt dabei, dass er mit seiner

Weigerung, auf die berechtigte Forderung der Tamilen nach Selbstbestimmung einzugehen, die Gewalt heraufbeschworen hat. Die Minderheit, so will es Rajapakse, soll sich dem Willen der Singhalesen, die drei Viertel der 19 Millionen Inselbürger stellen, fügen. Die Befreiungstiger, sagt der Präsident, hätten seine Gesprächsbereitschaft mit einer Selbstmordattake beantwortet und die Nation bedroht. Rajapakse will glauben machen, ihm bleibe keine andere Wahl, als die Streitkräfte zu mobilisieren.

Die Guerilla ihrerseits spricht nach den Vergeltungsschlägen der Luftwaffe von „Völkermord“. Mit Bitterkeit hat sie registriert, dass der Staatschef eine abtrünnige Rebellenfraktion unter Hauptmann Karuna für einen Stellvertreterkrieg gegen die Tamilentiger eingespannt hat – und seine manikürten Hände dabei in Unschuld wäscht.

Militärhilfe aus Washington

Zwei Jahrzehnte Bürgerkrieg, in denen mehr als 64 000 Menschen starben haben die Entscheidungsträger nicht zur Vernunft gebracht: Sri Lanka droht ein neuer Waffengang. Die internationale Gemeinschaft reagiert alarmiert. Die USA rufen alle anderen Länder auf, jeden erdenklichen Druck auszuüben, um die tamilische Guerilla zum Niederlegen der Waffen zu zwingen. Washington nennt die Befreiungstiger Terroristen – und unterstützt die Regierung in Colombo mit Militärhilfe. Das ist die Bekämpfung eines Symptoms, welche die Ursache des ethnischen Konflikts übergeht.

Die asiatische Menschenrechtskommission beklagt das Demokratiedefizit in Sri Lanka. Sie bezeichnet die 1978 erlassene Verfassung als autokratisches Machwerk, das den Boden für den Bürgerkrieg bereitete. Rebellenführer Velupillai Prabhakaran und Präsident Rajapakse leiten beide ihre Völker in die Irre. Demokratische Mechanismen, die menschenverachtenden Kriegstreiber zur Verantwortung zu ziehen, fehlen. Prabhakaran ist ein skrupelloser Despot, der vor nichts zurückschreckt, um die Unabhängigkeit seines Volkes zu erringen. Rajapakse erscheint vergleichsweise zivilisiert, aber er verfolgt eine Politik, die auf eine Diktatur der singhalesischen Mehrheit hinausläuft. Beide Seiten müssten mit internationalem Druck zu demokratischen Reformen gezwungen werden.



Schmerz in Sri Lanka: Frauen weinen in der Leichenhalle eines Krankenhauses in Seruwilla um ihre getöteten Angehörigen.

Foto: AFP